

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 162 (1996)

Heft: 10

Rubrik: Bundeshaus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Keine Exporteinschränkungen für Rüstungsbetriebe des Bundes

Die Unternehmen der Gruppe für Rüstung des EMD sollen auch in Zukunft in erster Linie für die Landesverteidigung tätig sein. Der Erhalt einer für die Landesverteidigung wichtigen industriellen Fähigkeit in Kernbereichen stellt ein wichtiges Anliegen unserer Rüstungspolitik dar. Der begrenzte Bedarf der Armee und die Reduktion der Rüstungsausgaben erfordern aber, dass die Betriebe zur wirtschaftlichen Auslastung ihrer Kapazitäten sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen Exporte tätigen dürfen. Dies erlaubt es zum Beispiel, hohe Anfangsinvestitionen über höhere Stückzahlen zu amortisieren. Davon profitiert letztlich auch wieder der Bund, indem dadurch die Lieferungen für die eigenen Bedürfnisse der Armee zu günstigeren Konditionen abgewickelt werden können.

Diese Auskunft erteilte der Bundesrat in seiner Antwort vom 21. August 1996 auf eine einfache Anfrage von **Nationalrätin Barbara Haering Binder**, Zürich, die u. a. wissen wollte, ob der Bundesrat nicht auch der Auffassung sei, dass bundeseigene Rüstungsbetriebe und Materialkompetenzzentren auch unter der neuen Rechtsform keine Kriegsmaterialexporte tätigen sollten. Veranlassung zu ihrem Vorstoss war die plötzliche Zunahme dieser Exporte in letzter Zeit.

Der Bundesrat wies in seiner Antwort nach, dass aus den Zahlen der Kriegsmaterialexporte der Rüstungsbetriebe des Bundes in den letzten zehn Jahren **kein Trend zur Zunahme** zu erkennen sei. Gewachsen ist lediglich der Anteil dieser Exporte an den Gesamtexporten von Kriegsmaterial, die stark rückläufig sind; im Jahr 1995 belief sich dieser Anteil auf rund 9 Prozent. Gemessen an ihrer gesamten übrigen Tätigkeit fallen die Kriegsmaterialexporte der Rüstungsbetriebe weiterhin kaum ins Gewicht: Bei einem Gesamtumsatz der Unternehmen von 800 Millionen Franken im Jahr 1995 betragen die Exportgeschäfte bloss etwa 1,6 Prozent.

Bei den Exporten der Rüstungsbetriebe handelt es sich vorwiegend um Pulver, Munition, Munitionsbestandteile und

Flugzeugteile. Im vergangenen Jahr konnte die Schweizerische Unternehmung für Waffensysteme zudem einen grösseren Auftrag für die **Kampfwertsteigerung von Panzerhaubitzen** des österreichischen Bundesheeres ausführen.

Der Bundesrat sieht keinen Anlass, die bisherige, bewährte Praxis zu ändern. Er lehnt es insbesondere ab, den Rüstungsbetrieben unter der **neuen Rechtsform** einschränkende Auflagen bezüglich Ausfuhr von Kriegsmaterial zu machen. Das in Revision stehende **Kriegsmaterialgesetz** bildet dafür einen ausreichenden Rahmen. Ein generelles Exportverbot für Kriegsmaterial käme einer ungerechtfertigten Einschränkung der Geschäftstätigkeit der bundeseigenen Rüstungsbetriebe und einer Benachteiligung gegenüber Unternehmen der Privatwirtschaft gleich. Es würde auch das mit der Änderung der Rechtsform angestrebte Ziel der Allianzfähigkeit erschweren und stünde im Widerspruch zum Gebot der Gleichbehandlung.

Neue Armeebroschüre: «Für uns»

Nicht Waffen und Geräte stehen im Mittelpunkt der neuen Armeebroschüre, die das EMD herausgegeben hat, sondern die Menschen, die sie bedienen. Nach den beiden Reformen Armee 95 und EMD 95 ist die neue Publikation gewissermassen die neue **«Visitenkarte»** der Milizarmee. Sie soll dem Zielpublikum im In- und Ausland auf sachliche Weise zeigen, wer die Schweizer Armee ist, was sie tut und mit welchen Mitteln.

Das neue Informationsmittel ist weder Werbebroschüre noch Auflistung verschiedener Waffen und Geräte. Unter dem Titel **«Für uns – die Schweizer Armee»** erklärt und erläutert die Publikation die erweiterten Aufgaben der Armee und zeigt, wie und mit welchen Mitteln diese gelöst werden.

Die 36 Seiten starke Broschüre ist in deutscher, französischer und italienischer Sprache erhältlich; sie wird demnächst auch in **Englisch** und **Spanisch** erscheinen. Bezugsquelle ist die Eidgenössische Drucksachen- und Materialzentrale, 3003 Bern (Bestellnummer 95.600 d/f/i).

TID: Neues Videomagazin

Der Truppeninformationsdienst (TID) lässt jedes Jahr beim Armeefilmdienst ein Videomagazin produzieren, das in erster Linie für die Armeeingehörigen in den **Rekrutenschulen** und den **Fortbildungsdiensten der Truppe** bestimmt ist. Die dreisprachige Produktion ist wie eine Nachrichtensendung des Fernsehens aufgebaut.

Die neueste Fassung des Magazins zeigt unter anderem, wie sich die **Schweizer Gelbmützen** in Bière auf ihren Einsatz in Bosnien vorbereiten, und gewährt interessante Einblicke in die **Beschaffung der Kampfflugzeuge F/A-18**. Präsentiert wird das rund halbstündige Magazin von Walter Eggenberger, dem ehemaligen Moderator von «10 vor 10» des Schweizer Fernsehens.

Akzeptanz der Armee: EMD-Affären hinterlassen Spuren

Die Militärische Führungsschule an der ETH Zürich erstellt jährlich eine Studie «Sicherheit», die der Trendermittlung in der sicherheits- und wehrpolitischen Meinungsbildung in der Schweiz dient. Die **Jahresstudie «Sicherheit '96»**, die in den Sommerferien veröffentlicht wurde, beruht auf einer telefonischen Repräsentativbefragung von **821 zufällig ausgewählten** Schweizerinnen und Schweizern im Stimmrechtsalter aus der deutschen und französischen Schweiz. Durchgeführt wurde sie vom Institut Isopublic in der Zeit vom 22. Februar bis 16. April 1996.

Sicherheitsempfinden verschlechtert

Das allgemeine Sicherheitsempfinden und die Beurteilung der Zukunftsaussichten der Schweiz haben sich im Vergleich zu den Vorjahren verschlechtert. Auf die Frage, wie sicher man sich in unserer heutigen Zeit fühle, geben in diesem Jahr 73 (Vorjahr 79) Prozent an, sich sehr, beziehungsweise eher sicher zu fühlen. Nurmehr 48 (62) Prozent schätzen die **Zukunft der Schweiz** sehr, beziehungsweise eher optimistisch ein. Die Stimmung ist nicht mehr wie 1995 von deutlichem Optimismus geprägt; sie geht einher mit einer steigenden **Skepsis** bei der

Einschätzung der **weltpolitischen Lage**. 54 (49) Prozent der Befragten erwarten, dass diese in den nächsten fünf Jahren eher düsterer und gespannter wird.

Solidaritätsbewusstsein im Aufwind

Die Befürworter einer **Öffnung der Schweiz** zu Europa, zur NATO und auch zur UNO sind im Vergleich zum Vorjahr leicht im Aufwind; der schon 1995 beobachtete leichte Anstieg bei der Zustimmung zu einer Annäherung an die EU hat sich fortgesetzt. Seit 1993, als im Rahmen der Trendstudie diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde, heisst erstmals eine Mehrheit von 52 (49) Prozent einen vorbehaltlosen **Beitritt zur EU gut**. Mehr als ein Drittel der Befragten befürworten eine **Annäherung der Schweiz an die NATO**; weniger als ein Fünftel kann sich aber einen NATO-Beitritt vorstellen. Ein **UNO-Beitritt** wird erstmals seit Beginn der Erhebungsreihe im Jahr 1989 von 51 (41) Prozent der Befragten gutgeheissen.

Die Anteile jener, die eine autonome Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen – mehr Konfliktvermittlung, eine aktivere Rolle bei internationalen Konferenzen, mehr Entwicklungshilfe, Aufwertung des Schweizerischen Roten Kreuzes – befürworten, haben sich trendmässig nicht verändert. Dagegen hat sich die Zustimmung für eine **autonome Politik der Schweiz** unter Verzicht auf internationale Bindungen etwas abgeschwächt: Hiessen im Vorjahr noch 41 Prozent die Vorgabe gut, die Schweiz solle sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten, waren es in diesem Jahr noch 26 Prozent. Befürworteten vor einem Jahr 63 Prozent die Vorgabe, die Schweiz solle wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben, sind es in diesem Jahr nur noch 51 Prozent.

Als «*pièce de résistance*» für eine Intensivierung der internationalen Kooperation dürfte sich weiterhin die **Neutralität** herausstellen. Als grundsätzliche Staatsmaxime erfährt sie mit 81 (80) Prozent eine praktisch unverändert hohe Zustimmung. Eine Erosion der diesbezüglichen Haltung, die eine Trendwende ankündigen könnte, ist nicht in Sicht.

Die bundesrätliche Bewilligung an die NATO für Militärtransporte über und durch die Schweiz im Zusammenhang mit dem Einsatz in Ex-Jugoslawien wird von 70 Prozent der Befragten befürwortet. Sieben von zehn Befragten heissen auch das **Schweizer Gelbmützenkontingent** in Bosnien gut. UN-Blaumützen (und neuerdings auch Schweizer UN-Blauhelme) stossen bei einer schwachen Mehrheit auf Zustimmung.

Einbruch in der Armeekzeptanz

Eine knappe Mehrheit (55 Prozent) der Befragten ist wie in den Vorjahren der Meinung, unser Land gebe zuviel aus für seine Verteidigung. Die **Kritik an den Militärausgaben** ist aber immer noch schwächer als in den Jahren 1986 bis 1992.

Die seit 1993 deutlich gestiegene Armeekzeptanz erfährt im Vergleich zu den beiden Vorjahren einen Einbruch unter die Schwelle von 70 (78) Prozent. Die **EMD-Affären** im ersten Viertel dieses Jahres scheinen das Image der Armee offensichtlich nachteilig beeinflusst zu haben. Die Vermutung, die Haltung zur Armee sei heute stärker als früher «politisch weterfühlig», scheint sich zu bestätigen.

Die in der Studie des Vorjahres festgestellte Tendenz zur steigenden Befürwortung einer Freiwilligenarmee setzt sich fort: Lediglich 51 (64) Prozent der Befragten sehen in der Miliz die ideale Wehrform für die Zukunft; 37 (30) Prozent befürworten eine **Berufsarmee**.

Im langfristigen Trend scheint das sicherheitspolitische Interesse insbesondere bei der **weiblichen Bevölkerung** zu wachsen. Aktuelle Ereignisse vermögen ein temporär überdurchschnittliches Interesse an der Sicherheitspolitik zu wecken.

Rekrutenschulen: Stellensuche per Computer

Rund 19000 Schweizerinnen und Schweizer absolvieren gegenwärtig die Sommer-Rekrutenschule. Viele von ihnen sind stellenlos. In den Frühlings-Rekrutenschulen waren es bei Beginn fast 20 Prozent. Knapp vier Fünfteln davon konnten nach

der RS eine neue Stelle oder zumindest konkrete Kontakte zu einem möglichen Arbeitgeber vermittelt werden. Dieses Ergebnis hofft die Untergruppe Ausbildungsführung im Heer durch eine Erweiterung des Dienstleistungsangebots weiter verbessern zu können.

In Zusammenarbeit mit dem **Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA)** im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement wurden in den Rekrutenschulen von Airolo, Colombier, Emmen, Moudon, Payerne und Thun benutzerfreundliche Computer (Self Service Terminals) installiert. Seit Mitte August können Interessierte an den genannten Standorten **täglich 5000 bis 6000 Stellenangebote** abrufen und ausdrucken. Das Angebot wird täglich bis zu viermal vom BIGA aktualisiert. Auf dem Waffenplatz Thun läuft ein entsprechendes Pilotprojekt bereits seit Beginn der Sommer-Rekrutenschulen. Wie bisher bieten die Schulen daneben die **persönliche Beratung** der Stellensuchenden an.

Das BIGA hat die Self Service Terminals im Jahr 1995 erstmals eingesetzt: In einem Kurzversuch von Mai bis August 1995 standen in den Schalterhallen verschiedener Arbeitsämter erste Stationen zur Verfügung, die rege benützt wurden; in Genf wurden im Durchschnitt täglich 160 Angebote ausgedruckt.

Die Erfahrungen in den Rekrutenschulen werden nach Ablauf des Projekts ausgewertet, und die Ergebnisse werden über zukünftige Massnahmen entscheiden.

Rettungsmaterial der Armee für zivile Feuerwehren

Der Bundesrat ist bereit, ein Postulat von **Nationalrat Boris Banga**, Grenchen, anzunehmen, das die **dezentrale Bildung von Katastrophen-Ausrüstungssortimenten** anregt. Der von 67 Ratsmitgliedern mitunterzeichnete Vorstoss ersucht den Bundesrat, zu prüfen, ob aus dem vorhandenen Korpsmaterial der Rettungstruppen und des Katastrophenhilferegiments «etwa 10 bis 15 Katastrophen-sortimente A (für Ret-

tungsinsätze) und B (für Brandeinsätze) den zivilen Feuerwehren ohne lange Anforderungs- und Bewilligungsverfahren zur Verfügung gestellt werden». Gleichzeitig soll geprüft werden, ob überhaupt noch so viele Ausrüstungen für die subsidiäre Katastrophenhilfe benötigt werden.

In der Begründung seines Postulats stellt Nationalrat Banga fest, dass die Feuerwehren heute über einen hohen Ausrüstungsstandard zur Bekämpfung von Bränden in Wohnhäusern und kleineren Industrieanlagen verfügen. Problematischer ist die **Beschaffung schwerer Ausrüstungen** für seltene, nicht voraussehbare Grossereignisse, wie Flugzeugabstürze auf Wohngebiete, Altstadtbrände usw. Die dazu notwendigen Mittel sind bei der Armee in genügender Anzahl vorhanden. Wegen der Einlagerung in den Zeughäusern und der **langen Anforderungs- und Bewilligungswege** über verschiedene Instanzen stehen sie aber nicht innert nützlicher Frist zur Verfügung.

Folgende **mögliche Lösung** wird vorgeschlagen: Aus den rund 120 Ausrüstungen der Rettungstruppen und des Katastrophenhilferegiments werden etwa **10 bis 15 Katastrophen-sortimente A und B** zusammengestellt und in Zeughäusern oder anderen Einrichtungen des Bundes räumlich getrennt von anderen Ausrüstungen bereitgestellt. Eine von den kantonalen Feuerwehreinstanten der Region bestimmte Stützpunkt- oder Betriebsfeuerwehr übernimmt die Sortimente leihweise vom Bund; sie hat rund um die Uhr uneingeschränkt Zutritt zu diesen Katastrophen-sortimenten und verpflichtet sich, diese zu unterhalten und auf Anforderung des **kantonalen Führungsstabes** in einem Umkreis von 40 bis 50 km einzusetzen.

Personenwagen Puch G: 33 Millionen gespart

Im Juli wurden bei der Herstellerfirma in Österreich die letzten der insgesamt **5300 geländegängigen Personenwagen Puch G** für unsere Armee abgenommen. Die mit dem Rüstungsprogramm 1988 eingeleitete Beschaffung ist damit abgeschlossen.

Von den mit den Rüstungsprogrammen 1988 und 1993 bewilligten Verpflichtungskrediten von insgesamt 296 Millionen Franken wurden nur **263 Millionen Franken** beansprucht. Die erfreuliche Einsparung von 33 Millionen Franken ist auf den problemlosen Beschaffungsverlauf, die günstige Teuerungsentwicklung und Währungsrelation sowie auf die Nichtbeanspruchung der Risikoreserve zurückzuführen.

Der geländegängige Personenwagen Puch G hat die in den fünfziger Jahren beschafften Jeeps, Land-Rover und Haflinger ersetzt. Das mit einem **Katalysator** ausgerüstete Fahrzeug zeichnet sich durch hohe Zuverlässigkeit aus und ist bei der Truppe beliebt. Bis Ende 1995 hat die Puch G-Flotte insgesamt rund **37,5 Millionen Kilometer** zurückgelegt.

Drohnen fliegen wieder

Am 6. Februar dieses Jahres war eine Aufklärungsdrohne im Truppenbetrieb der Luftwaffe unkontrolliert im Muotatal niedergegangen. Die Abklärungen hatten ergeben, dass sich der **Notlandeschirm** der Drohne **ungewollt ausgelöst** hatte und dabei in den Propeller geraten war. Der Zwischenfall hatte zur Folge, dass ein **Flugverbot** für die ferngesteuerten Kleinflugzeuge verhängt wurde.

In der Zwischenzeit wurden am Auslösemechanismus des Notlandeschirms zusätzliche Sicherungen eingebaut. Die Gruppe Rüstung hat die Erprobungsflüge mit dem modifizierten Aufklärungsdrohnen-Ver suchssystem 90 auf dem Flugplatz Emmen wieder aufgenommen. Die Luftwaffe wird erst wieder Drohnen-Flüge durchführen, wenn diese Erprobungen zufriedenstellend abgeschlossen sind.

Mit dem Rüstungsprogramm 1995 werden gegenwärtig **vier Aufklärungsdrohnensysteme 95** beschafft. Die eidgenössischen Räte haben dafür einen Kredit von **350 Millionen Franken** bewilligt. ■